

Die Massenversammlung für demokratisches Wahlrecht in Anhalt, Dessauer Friedrichsgarten 3. April 1910

Am 3. April 1910, einem Sonntag, erlebte Dessau im Friedrichsgarten, einem Wiesengelände nahe der Mulde, eine beeindruckende Massenversammlung.¹ Es handelt sich um die bis dahin größte Kundgebung für die Einführung eines demokratischen Landtags- und Kommunalwahlrechts in Anhalt in der Stadtgeschichte - ein wichtiger Meilenstein bei der Stärkung demokratischen Bewusstseins in breiten Schichten der Arbeiter und der Bürgerschaft.

In Anhalt herrschte zu diesem Zeitpunkt ein kompliziertes, teilweise noch auf ständischen Privilegien basierendes, die ärmeren Schichten benachteiligendes Landtagswahlrecht. Ein Drittel der 36 Abgeordneten des Landtags war „privilegiert“, d. h. sie wurden vom anhaltischen Herzogshaus (2 Sitze), von den Großindustriellen (2 Sitze) und den Großgrundbesitzern (8 Sitze) ernannt. Von den übrigen, aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden 24 Sitzen entfielen 10 auf die ländlichen Gebiete und 14 auf die (insgesamt 22) Städte. Wahlberechtigt war aber nur, wer über mindestens 600 Mark (auf dem Lande) bzw. mindestens 1050 Mark Jahreseinkommen (in den Städten) verfügte. Außerdem erfolgte die Wahl indirekt, über Wahlmänner.

Die Wahlen zu den Gemeinderäten hingegen erfolgten zwar gleich, geheim und direkt; doch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts war auch hier nicht erfüllt. Besonders die Sozialdemokratie forderte zudem für die Gemeinderäte die Verhältniswahl.²

Frauen waren – wie in den anderen deutschen Bundesstaaten auch – noch gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Die für Wahlrechtsfragen zuständige Kommission des anhaltischen Landtags hatte – bis auf das Zugeständnis der direkten Wahl bei Landtagswahlen in den Städten – bis zu diesem Zeitpunkt alle an sie herangetragenen Forderungen nach Demokratisierung des Wahlrechts abgelehnt. Um den Landtag unter Druck zu setzen und breite Volksmassen für ein demokratisches Bewusstsein zu mobilisieren, veranstaltete daraufhin die anhaltische Sozialdemokratie im Bündnis mit der um Dessaus späteren Oberbürgermeister Fritz Hesse gruppierten, 1908 durch Absplitterung aus dem Freisinn entstandenen Demokratischen Vereinigung eine Wahlrechtskampagne. Ihr Höhepunkt war die Massenkundgebung vom 3. April 1910 in Dessau. Aber auch in anderen Städten von Anhalt kam es zu beeindruckenden Kundgebungen, u. a. ebenfalls am 3. April in Coswig (mit dem Sozialdemokraten Kurt Eisner als Redner) und in Bernburg (wo auf der Töpferwiese unterhalb des Schlossberges für die Sozialdemokratie der Hallesche Reichstagsabgeordnete Adolf Albrecht und für die Demokratische Vereinigung Rudolf Breitscheid sprachen).

Schon mehrere Tage vor dem 3. April forderte das in Dessau erscheinende, sozialdemokratische *Volksblatt für Anhalt*, von den Gewerkschaftsverbänden unterstützt, zur Teilnahme an den Veranstaltungen auf, dabei das Wegweisende des Zweckbündnisses zwischen „sozialistischer und bürgerlicher Demokratie“ betonend: „Sozialdemokraten und Demokraten gehen am Sonntag gemeinsam vor. Das ist ein höchst erfreuliches Zeichen für den Gang unserer politischen Entwicklung. Einmal muß es doch dazu kommen, daß alles zusammen Sturm läuft gegen die alte Ordnung der Klassenhabsucht und

¹ Bernd G. Ulbrich: Kurt Eisner in Anhalt, in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde, 15. Jg., Köthen 2006; Torsten Kupfer: Der Weg zum Bündnis. Entschieden Liberale und Sozialdemokraten in Dessau und Anhalt im Kaiserreich, Köln u.a. 1998, S. 121; Fritz Hesse: Von der Residenz zur Bauhausstadt. Erinnerungen an Dessau, Band 1, Dessau 1995, S. 60 ff.

² Volksblatt für Anhalt, Dessau 2. April 1910, S. 1.

Standesherrschaft, was an der ehrlich demokratischen Staatsordnung Interesse hat.“³ Am 2. April, am Vorabend der Kundgebung, heißt es in der gleichen Zeitung: „Wir haben es satt, wie eine Hammelherde von oben gegängelt zu werden. Wir wollen uns selber regieren, selber soll das Volk sein Geschick bestimmen. Darum fordern wir: Die Demokratisierung aller Einrichtungen in Stadt und Gemeinde“.⁴

Hauptredner in Dessau waren für die anhaltische Sozialdemokratie der SPD-Vorsitzende Heinrich Peus (1862-1937) und der Reichstagskandidat für den Wahlkreis Anhalt I, der sozialdemokratische Journalist und spätere Ministerpräsident der Münchner Revolutionsregierung Kurt Eisner (1867-1919). Für die Demokratische Vereinigung sprachen der Dessauer Stadtverordnete (und spätere Oberbürgermeister) und Fritz Hesse (1881-1973) und der aus Berlin angereiste Rudolf Breitscheid (1874-1944). Am Abend des 2. April saßen sie alle gemeinsam im „Kaffee Kaiser“ in Bahnhofsnähe bei einem Glas Bier zusammen. Durch den Ruf „Das Rathaus brennt!“ aufgeschreckt, eilten sie zum Kleinen Markt um dort, wie Tausende herbeigeeilte Dessauer, Zeuge des gewaltigen Brandes zu werden, der den Dachstuhl des erst wenige Jahre zuvor neu errichteten Rathauses zum Einsturz brachte und den historischen Ratssaal schwer zerstörte. Als schlechtes Omen für die Kundgebung sollte der Brand sich jedoch nicht erweisen.

Am späten Sonntagvormittag fand die Kundgebung im Friedrichsgarten unter großem Zuspruch durch die Bevölkerung statt. Am Tag darauf druckte das *Volksblatt für Anhalt* die „begeisterten Ausführungen der Redner“ im Wortlaut ab und feierte die Veranstaltung als einen imposanten, überaus friedlich verlaufenen Erfolg, an dem etwa 12.000 Menschen teilgenommen hätten.

Fritz Hesse eröffnete die Kundgebung mit dem Verweis auf die Notwendigkeit, in der elementaren Frage des Wahlrechts über die bestehenden Parteigrenzen hinweg zusammenzuwirken. Er kritisierte die Führung der Fortschrittlichen Volkspartei, die sich nicht zur Mitwirkung an der gemeinsamen Kundgebung hatte entschließen können und betonte: „Die bürgerliche Demokratie ist gewillt, den Kampf für ein freies Wahlrecht in Staat und Gemeinde gemeinschaftlich auszufechten mit der organisierten Arbeiterschaft.“⁵

Der Sozialdemokrat Eisner bezeichnete es als eine „Schande“, dass ein „reifes Volk kein freies Wahlrecht“ besitze, und formulierte vor den versammelten Massen die Vision einer sozialistischen, durch Selbstbestimmung des Volkes gelenkten Gesellschaft: „Wir wollen das Höchste, was den Menschen ziemt, wir wollen unser und des Vaterlandes Schicksal selbst bestimmen (...) Glaubt man denn, wenn einst das Volk regiert, es wird die Welt zugrunde richten? Die Welt wird erst erschaffen, wenn das Volk selbst arbeitet am Staatsganzen. (...) Wir können die Welt nicht von heute auf morgen aus den Angeln heben, sondern wir werden erst nach jahrelanger Arbeit unser Ziel erreichen. Aber eins können wir heute erreichen, wir können die Herzen mit Begeisterung erfüllen für den Befreiungskampf. Die Politik ist die neue Religion, die uns erlaubt, das Schicksal der Gesamtheit zu schmieden.“⁶

Der Demokrat Breitscheid wandte sich gleichfalls entschieden gegen das bestehende ungerechte, die Besitzenden privilegierende Wahlrecht und betonte: „Wir wollen, daß jeder Landtagsabgeordnete sich als Vertreter der Gesamtheit und nicht als Vertreter eines Mannes oder einer Klasse fühlt. Das ganze Volk soll an der Gesetzgebung beteiligt sein. Deshalb fort mit der Klassenvertretung und her mit der Volksvertretung. Wir lassen uns nicht mehr bevormunden, sondern fühlen uns reif genug, selbst unser Urteil zu fällen.“⁷

³ Ebenda, 1. April 1910, S. 1.

⁴ Ebd., 2. April 1910, S. 1.

⁵ Die Wahlrechtsdemonstration im Friedrichsgarten, in: ebenda, 4. April 1910.

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda.

Heinrich Peus las im Namen der Veranstalter folgende politische Resolution vor, der begeistert zugestimmt wurde: „Die heute am 3. April 1910 im Friedrichsgarten zu Dessau tagende kombinierte Versammlung von Sozialdemokraten und Mitgliedern der Demokratischen Vereinigung, besucht von mehr als 12 000 Personen, richtet hierdurch an die gesetzgebenden Instanzen des Herzogtums Anhalt, den Landtag wie die Staatsregierung, die Forderung, sowohl für den Landtag als auch für die Gemeinden das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit Verhältniswahl einzuführen, weil nur unter solchem Wahlrecht alle Volkskräfte, die in staatsförderndem Gemeinsinn die Wohlfahrt und Kultur des ganzen Volkes erstreben, zu voller Entfaltung und Geltung gelangen können.“⁸

Der konservative, die Regierungsmeinung zum Ausdruck bringende *Anhaltische Staats-Anzeiger* begnügte sich mit einem kurz gehaltenen Bericht über die Veranstaltung im Friedrichsgarten und versuchte, deren Bedeutung nach Kräften herabzusetzen: Viele habe sicher nur das schöne Frühlingswetter und schlichte Neugierde dazu verleitet, sich am Sonntag in den Friedrichsgarten zu begeben. Auch seien es nur 7.000 teilnehmende Personen und eine insgesamt „sehr harmlose“ Kundgebung gewesen.⁹

Eine Änderung der anhaltischen Landespolitik in der Wahlrechtsfrage konnten die Massenversammlungen des 3. April kurzfristig nicht bewirken. Auf das politische Klima im Lande und in den Kommunen hatten sie jedoch einen nicht zu überschätzenden Einfluss. Der anhaltische Landtag debattierte die Wahlrechtsfrage nur wenig später, am 5. und 6. April 1910, vor überfüllten Tribünen. Zum Landtagswahlrecht fanden Anträge der Freisinnigen Partei auf Herabsetzung der privilegierten Mandate der Großgrundbesitzer von 8 auf 3, der Sozialdemokraten auf Einführung des Reichstagswahlrechts und des Verhältniswahlrechts sowie auf Einführung des direkten Wahlrechts in den ländlichen Gegenden damals keine Mehrheiten. Immerhin wurde eine Einführung des direkten Wahlrechts in den Städten mehrheitlich (mit den Stimmen der Nationalliberalen, des Freisinns und der Sozialdemokratie) befürwortet. Zum Gemeindewahlrecht debattierte man die Einführung der geheimen Stimmabgabe in den Landgemeinden, die mehrheitlich und gegen die Stimmen der Konservativen befürwortet wurde.

Der anhaltische Staatsminister Ernst von Laue (1855-1923) sah sich zudem, unter dem Druck der Ereignisse, zu einer Erklärung genötigt, dass das bestehende Wahlrecht den Anforderungen genüge und die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes wirksam genug fördere. Er sicherte zugleich eine neue Vorlage der herzoglichen Staatsregierung zum Wahlrecht noch vor Ablauf der Wahlperiode zu.¹⁰

Die anhaltische Sozialdemokratie veranstaltete in den folgenden Tagen und Wochen in zahlreichen Orten (Plötzkau, Preußlitz, Gröbzig, Hecklingen, Nienburg, Sandersleben, Köthen, Gernrode u. a.) weitere Versammlungen zur Wahlrechtsfrage. Eine grundsätzliche demokratische Umgestaltung des Wahlrechts konnte jedoch erst in Folge der Revolution 1918/19 erfolgen.

⁸ Ebenda.

⁹ Anhaltischer Staatsanzeiger, Dessau 5. April 1910.

¹⁰ Anhaltischer Landtag, in: ebenda, 6. April 1910 und 7. April 1910.